

## Inhalt

Bundestagswahlkampf 2017

**Aus der Kreistagsfraktion:**

Sozialpsychiatrischer Dienst legt Jahresbericht vor

Koordinierungsstelle Soziale Hilfen hat ihre Arbeit aufgenommen

Sozialausschuss beschließt Einrichtung neuer Arbeitsgruppen

SPD würdigt die Arbeit der Tische und Tafeln im Kreisgebiet

Bericht aus Brüssel

Götz Borchert wird Landesgeschäftsführer

## Impressum

**Hrsg. / Verantwortlich für den Inhalt:**

SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde  
Sönke Rix, Götz Borchert  
Nienstadtstraße 10  
24768 Rendsburg

**Redaktion:** Götz Borchert  
**Korrektur:** Andrea Peterson  
**Layout:** Simon Bull

**Kontakt:**

Tel.: 04331-4374602  
Fax: 04331-4374603  
kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de

## Liebe Genossinnen und Genossen,

das Ergebnis der Landtagswahl hat uns schmerzlich getroffen. Ich habe das so nicht erwartet, allerdings muss offenbar auch mit grundsätzlichen Missverständnissen aufgeräumt werden: Anders als viele gedacht haben, ist die SPD nämlich nicht als haushohe Favoritin ins Rennen gegangen und anders, als viele uns glauben machen wollen, hat die SPD, hat die Küstenkoalition – anders als Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen - keine krachende Niederlage eingefahren, die CDU keinen glänzenden Sieg errungen.

Darüber, dass CDU und FDP im Zusammenspiel mit der konservativen Presse, der SPD das Recht abgesprochen haben, für eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung zu werben, war ich nicht überrascht. Erstaunt hat mich, wie viele Genossinnen und Genossen dem konservativen Märchen vom „klaren Regierungsauftrag“ für Daniel Günther auf den Leim gegangen sind und gefordert haben, die SPD möge jetzt bitteschön die Füße stillhalten und gefälligst nicht nach „Pöstchen und Posten schießen“. Dies ist nun zwar Schnee von gestern, aber grundsätzlich gilt für mich: Wenn die SPD nicht regieren will und freiwillig anderen das Feld überlässt, kann sie sich meiner Meinung nach auch auflösen.

Damit man zu einer vernünftigen Analyse kommt und kluge Konsequenzen ziehen kann, lohnt es, sich das Ergebnis differenziert anzusehen. Der Landesvorstand hat dies getan und auch der Landesparteirat hat sich bis jetzt in zwei Sitzungen damit beschäftigt und dabei insbesondere auch viele Zuschriften aus den Kreisverbänden, aus vielen Ortsvereinen und von einzelnen Genossinnen und Genossen ausgewertet. Die Ergebnisse werden Euch mitgeteilt und auf einem Landesparteitag am 11. November weiter aufgearbeitet.



Unterm Strich gibt es wohl viele Faktoren, die in der Summe zu diesem Wahlergebnis geführt haben. Dabei ist natürlich niemand in der Lage, seriös zu beziffern, was sich in welcher Größenordnung niedergeschlagen hat. Wir waren uns im Landesparteirat einig,

- dass es keine Wechselstimmung, aber auch keinen Amtsbonus für Torsten Albig gab.
- dass unsere Kampagne insgesamt inhaltlich zu schwach, die Wahlkampfstrategie nicht hinreichend war und dass wir auf die Unehrlichkeiten von Daniel Günther keine guten Antworten gefunden haben.
- dass die Kampagnenfähigkeit der Partei insgesamt zurückgeht. CDU und FDP sind im Straßenwahlkampf und bei der Plakatierung besser gewesen.
- dass es auch gravierende individuelle Fehler, wie z.B. das BUNTE-Interview des Ministerpräsidenten, gegeben hat.

Auch auf Kreisebene haben wir uns mit der Frage beschäftigt, was wir schon im Bundestagswahlkampf besser machen können. Wir wollen uns bis zum 24. September auf das Wesentliche konzentrieren: Straßenwahlkampf, Straßenwahlkampf und Straßenwahlkampf. Darüber hinaus glauben wir, dass die Kommunikation zwischen Kreisverband und Ortsvereinen, aber auch zwischen den Ortsvereinen untereinander besser werden muss. Wie das aussehen soll, könnt Ihr auf Seite 2 lesen. Wir glauben: Weniger ist mehr! Wenn es richtig gemacht wird ...

Viele Grüße, Sönke

## Bundestagswahlkampf 2017

### Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

es sind keine 90 Tage mehr bis zur Bundestagswahl. In den nächsten Tagen stellen wir euch unser Konzept für den Wahlkampf vor. Dabei haben wir versucht, die richtigen Lehren aus dem Landtagswahlkampf zu ziehen.

Wir wollen bei der Planung vor allem mehr persönlichen Kontakt zu den Wahlkämpfer\*innen in den Ortsvereinen und in den Arbeitsgemeinschaften. Die Mitglieder der Wahlkampfkommission werden sich deshalb in den nächsten Tagen in den Ortsvereinen melden.

Wir planen einen schlanken Wahlkampf ohne Schnickschnack, bei dem wir (und natürlich Sönke) möglichst viele Wählerinnen und Wähler treffen.

Das heißt:

- Wir wollen nach Möglichkeit aufwändige Veranstaltungen vermeiden, bei denen am Ende doch nur Sozis auf Sozis treffen.
- Bis zum Ende der Sommerferien eignen sich besonders Sommer-, Garten-, Wohnzimmer- oder Garagenfeste in den Ortsvereinen, um möglichst viele Menschen zu treffen.
- In der „heißen Phase“ ab der 34. Kalenderwoche ist Sönke im Tür-zu-Tür Wahlkampf. Dabei wird er auch von unseren Landtagsabgeordneten und den Jusos unterstützt.

- Richtig viele Wählerinnen und Wähler erreichen wir natürlich nur, wenn ihr in euren Orten ebenfalls von Tür zu Tür zieht. Je mehr Termine ihr auf die Beine stellt, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Sönke auf einer eurer Touren dabei ist. Und: Das wäre übrigens nicht nur für den Bundestagswahlkampf hilfreich, sondern würde euch auch im Kommunalwahlkampf 2018 Startvorteile gegenüber der politischen Konkurrenz sichern.
- Darüber hinaus wünschen wir uns von Euch möglichst viele Infostände, eine flächendeckende Plakatierung spätestens vier Wochen vor der Wahl und eine flächendeckende Verteilung des Kandidatenflyers drei Wochen vor der Wahl.

Wir freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf mit Euch!

Serpil Midyatli  
Wahlkampfleiterin



### Fahrplan bis zur Bundestagswahl:

- 26.08. – 23.07.: Gespräche in den Ortsvereinsvorständen
- 04.07.: Mitgliederkonferenz zur Bundestagswahl in Gettorf
- 06.07.: Mitgliederkonferenz zur Bundestagswahl in Westerrönfeld
- 03.07. – 20.08.: Sommer-, Garten- und Garagenfeste
- 24.07.: Beginn der Sommerferien
- 19.08.: Sommerfest des SPD-Kreisverbandes und Wahlkampfauftakt in Eckernförde
- 21.08.: Beginn der heißen Phase, Tür-zu-Tür-Wahlkampf, Infostände
- 03.09.: Ende der Sommerferien
- 24.09.: Bundestagswahl



## Neues aus der Kreistagsfraktion:

### *Sozialpsychiatrischer Dienst legt Jahresbericht vor*

In der aktuellen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 27. April legte der Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Herr Vetter, den Jahresbericht 2016 zum „Krisendienst“ vor. Im Tages- und Rufbereitschaftsdienst (nachts und am Wochenende) in 2016 gab es 1.112 Einsätze. Das waren 59 bzw. 5% weniger Einsätze als im Jahr zuvor. Eine erfreuliche Entwicklung.

Die meisten Einsätze musste der Sozialpsychiatrische Dienst in der Tagesbereitschaft (tagsüber werktags) leisten. Es wurden mehr Männer als Frauen betreut. Die meisten Einsätze wurden durch die Psychiatrie selbst und die Polizei angefordert (in 41% der Fälle). Daneben waren Ärzte und Angehörige häufig die „Auftraggeber“.

Am häufigsten war das Problemfeld „Sucht/Drogen“ Auslöser für einen Einsatz, daneben waren psychotische Krisen, partnerschaftliche Konflikte, Eigen- und Fremdgefährdung, Angstzustände und körperliche Behinderungen die wichtigsten Gründe für eine aufsuchende Krisenintervention.

In 21 Fällen (1,8%) kam es zu einer Unterbringung mit richterlichem Beschluss (Zwangsmassnahme), in 382 Fällen (immerhin 34%) zu einer vorläufigen Unterbringung. Die Anzahl der Einweisungen (unfreiwillig, vorläufig, freiwillig) nahm insgesamt gegenüber dem Vorjahr ab. Die Zahlen zeigen, dass sich die Neuausrichtung des Krisendienstes (nicht in jedem Fall eine ärztliche Begleitung; Erstbesuch durch eine sozialpädagogische Fachkraft

usw.) und die Kooperation mit der psychiatrischen Abteilung unserer imland Klinik vollständig bewährt haben.

Der Vorsitzende, Ulrich Kaminski (SPD), dankte der Leitung des Sozialpsychiatrischen Dienstes für dessen schwierige, aber sehr wichtige Arbeit. Er wies darauf hin, dass der Kreis auch auf Initiative der SPD Kreistagsfraktion die Beratungsangebote für Suchtkranke, psychisch Kranke und deren Angehörige in 2017 verstärkt fördert: „Diese sind als komplementäre Angebote unerlässlich in der Zusammenarbeit mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst und der Psychiatrie des Kreises. Die vorrangigen Problembereiche machen das sehr deutlich.“

### *Koordinierungsstelle Soziale Hilfen hat ihre Arbeit als Anstalt des öffentlichen Rechts aufgenommen, der Beirat tagte das erste Mal*

Die Koordinierungsstelle Soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise (kurz: KOSOZ genannt) hat ihre Arbeit als Anstalt des öffentlichen Rechts in Kiel aufgenommen. Die Kreise hatten sich für diese Rechtsform entschieden, nachdem es bei der Abrechnung der Kosten zwischen den Kreisen erhebliche Differenzen gegeben hatte. Unser Kreis wollte nicht länger „drauf zahlen“.

Wer ist und was macht die „KOSOZ“? Die KOSOZ ist ein gemeinsames kommunales Unternehmen mit einem Geschäftsführer, einem Verwaltungsrat (alle Kreise durch die Landräte und Landkreistag vertreten), einem Vorstand (gewählte Vertreter des Verwaltungsrates) und einem Beirat (Vorsitzende der Kreis-Sozialausschüsse, Vertretung Landkreistag). Die Mitarbeitenden sind Sozialpädagogen, Verwaltungsfachkräfte und Betriebswirte. Der Stellenplan sieht 26,6 Vollzeitstellen vor, von denen aktuell 15,65 besetzt sind! Die KOSOZ verhandelt mit den Anbietern im Auftrag und mit Vollmacht der Kreise Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen zu allen Angeboten der Eingliederungshilfe

(Bereich Erwachsene), berät die Kreise zu allen Fragen der Eingliederungshilfe, dem seit dem 01.01.2017 teilweise in Kraft getretenen Gesetz zur Teilhabe (kurz BTHG: Bundesteilhabegesetz) und zum Landesrahmenvertrag, der zwischen den Trägerverbänden, dem Städtetag und dem Landkreistag die Rahmenbedingungen der Leistungen und Vergütungen zur Eingliederungshilfe und das Schiedsverfahren regelt.

Hinzu kommt der Prüfauftrag des Landes, gezielt die Verwendung der öffentlichen Gelder und die Einhaltung der vereinbarten Leistungen und Standards zu überprüfen. Aktuell wird diskutiert, ob die KOSOZ in Zukunft auch den Bereich der Jugendhilfe (35a SGB XIII/53 SGB XII für Kinder und Jugendliche usw.) mit übernehmen sollte. Die Vollmacht der Kreise für Vertragsverhandlungen endet für die KOSOZ bei Investitionen über 250.000 €.

Unser Kreis ist durch mich, als den Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Beirat der KOSOZ vertreten. Wir haben auf unserem ersten Treffen am 31. März diesen Jahres u.a. die „Zielvereinbarung der KOSOZ

mit den Kreisen“ diskutiert, unsere Themen für die weitere Arbeit festgelegt und einstimmig beschlossen, dass die KOSOZ in der jetzigen Form ihre wichtige Arbeit für die Kreise und – wenn es gewünscht sein sollte – auch für die Städte unseres Landes fortsetzen soll. Der Beirat sieht keine vernünftige Alternative in der Rückführung der Aufgabenerfüllung an die Kreise bzw. das Land. Die Finanzierung der KOSOZ ist gesichert und einmütig geklärt. Jetzt soll sie ihre Arbeit in Ruhe machen können. Der Beirat wird sich berichten lassen und die KOSOZ konstruktiv beraten und begleiten.

## Sozialausschuss beschließt Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur UN-Konvention und dem Landesaktionsplan zu deren Umsetzung

In der aktuellen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 22. Juni beschloss der Ausschuss die Beantragung zur Errichtung einer Arbeitsgruppe zur UN Konvention für Menschen mit Behinderungen und dem dazu aktuell vorgelegten Landesaktionsplan unserer gerade ablösten Landesregierung („Seufz“). Alle Fraktionen des Kreistages sollen Mitglieder entsenden und unter der Leitung unseres Kreisbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, Herrn Michael Völcker, in Kooperation mit der Verwaltung Vorschläge zur Umsetzung empfehlen. Der Landesaktionsplan empfiehlt eine „sukzessive Umsetzung unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel“. Die UN Konvention bezieht sich auf alle Lebensbereiche. Sie ist kein „Leistungskatalog mit einklag-

baren Leistungsansprüchen“, sondern beschreibt die vielfältigen Handlungsfelder zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen und deren Rechte. Dieses ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bezogen auf unseren Kreis (als Verwaltungseinheit) bedeutet dieses, dass alle Fachbereiche mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe umgehen müssen: in vielen Teilbereichen (z.B. beim Regionalausschuss, Kreisplan zur Mobilität und dem ÖPNV), werden diese Anforderungen bereits erfüllt. Kreis und Kommunen werden in den nächsten Jahren z.B. erhebliche finanzielle Mittel aufwenden, um die Haltestellen im ÖPNV barrierefrei („behindertengerecht“) umzugestalten. Der Bildungs- und Schulausschuss wird sich mit der Frage der „inklusive Regelschule“ befassen müssen: welche Investitionen

werden in Zukunft notwendig sein, um alle Regelschulen bedarfsgerecht für alle Arten von Behinderungen (!) einzurichten. Die bisher dafür vorgesehenen „Spezialschulen“ (Förderschulen für., Förderzentren...) sollen, so der inklusive Anspruch, weitgehend wegfallen. D.h. dass Wickelzimmer einzurichten wären, barrierefreie Zugänge usw. usw.. Dieses ist eine Mammutaufgabe, man denke an die Sehbehindertenschulen, die Hörbehindertenschulen usw. usw. und nicht von heute auf morgen umzusetzen. Dieses wird nur gemeinsam unter Einbeziehung aller kommunalen Ebenen (Gemeinden, Ämter, Städte) erfolgen können.

---

## SPD würdigt die Arbeit der Tische und Tafeln im Kreisgebiet

Auf Antrag der SPD Kreistagsfraktion wird die Arbeit der elf im Kreisgebiet tätigen „Tische“ und „Tafeln“ gewürdigt und finanziell einmalig unterstützt. Aus dem Jahresüberschuss 2015 der Förde Sparkasse erhalten diese Einrichtungen jeweils 800€ in 2017 für Ihre Betriebskosten. In der Bundesrepublik gibt es inzwischen mehr als 900 Tafeln. Sie verteilen i.d.R. Lebensmittel, die ansonsten auf dem Müll landen würden. In vielen Tafeln helfen Genossinnen und Genossen unserer

Partei. Die Ärmsten der Armen werden unterstützt. Man ist in der Tafelarbeit mit der Kehrseite unseres Sozialstaates konfrontiert und hat direkten Kontakt zu „Hartz IV Bedarfsgemeinschaften“ und damit zum Thema Armut in einer reichen Gesellschaft. Tische und Tafeln beseitigen diese Armut nicht. Sie helfen aber und werden dafür dankbar angenommen.



ULRICH KAMINSKI  
Sozial- und Gesundheitspolitischer Sprecher  
der SPD Kreistagsfraktion



## Bericht aus Brüssel

### Europa muss jetzt Stärke zeigen

Nun hat er es also tatsächlich getan: Anfang Juni hat Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen bekanntgegeben. Dass er damit die Weltgemeinschaft schockiert, scheint den US-Präsidenten nicht zu stören. Wahrscheinlich bereitet ihm das internationale Entsetzen sogar Freude. Kann er sich seinen Anhängern doch so als starker Führer präsentieren, den nichts und niemand aufhält, im vermeintlichen Kampf für amerikanische Interessen.

Tatsächlich aber ist Trumps verantwortungslose Entscheidung nicht nur ein Schlag ins Gesicht der fast 200 Länder, die das Pariser Abkommen im Dezember 2015 vereinbart hatten. Denn

mit seiner Blockadepolitik bremst der amerikanische Präsident innovative Unternehmen gerade auch in seinem Land. Während in den USA wichtige klimapolitische Reformen verhindert werden, muss und wird sich der Rest der Welt weiterbewegen. Statt vorne mit dabei zu sein, isolieren sich die USA und verschleppen eine unaufhaltbare Entwicklung.

Denn auch ein US-Präsident kann die Zeit nicht zurückdrehen. Das Pariser Abkommen wurde viele Jahre lang vorbereitet und von allen Staaten als austarierter Kompromiss vereinbart. Spielraum für Neuverhandlungen gibt es deshalb nicht. Der Kampf gegen den Klimawandel muss fortgesetzt werden. Bei der Umsetzung des Pariser Abkommens, der Förderung von Kohlenstoffmärkten und emissionsarmen Technologien ist es jetzt an Europa

Stärke zu zeigen. Die Europäische Union wird sich nun auf andere Partner in der Welt konzentrieren müssen und die Zusammenarbeit mit jenen US-Bundesstaaten, Städten, Unternehmen und Teilen der amerikanischen Zivilgesellschaft suchen, die beim Klimaschutz dieselben Werte teilen.



ULRIKE RODUST

Abgeordnete im Europäischen Parlament

## Götz Borchert wird neuer Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein

Der SPD-Landesvorstand hat gestern den Politikwissenschaftler Götz Borchert (32) zum neuen Landesgeschäftsführer berufen. Seine Amtszeit beginnt am 1. Oktober 2017.

Zu dieser Personalentscheidung erklärte SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner heute Kiel:

„Der amtierende Landesgeschäftsführer Christian Kröning (63) hatte dem Vorstand bereits vor eineinhalb Jahren angekündigt, dass er nach der Bundestagswahl im September 2017 sein Amt niederlegen möchte, um nach zwanzigjähriger Tätigkeit einen Generationenwechsel in diesem Amt zu ermöglichen. Wir sind im sehr dankbar für die geleistete Arbeit. Christian Kröning hat mit seiner ruhigen und sachlichen Arbeit die Nord-SPD in den vergangenen Jahren geprägt. Ich freue mich, dass wir mit der Berufung von Götz Borchert einen ausgezeichneten Nachfolger gefunden haben.“

Götz Borchert kommt aus dem mit-

gliederstärksten Kreisverband Rendsburg-Eckernförde und kennt die Parteilarbeit in den Ortsvereinen und Kreisverbänden von der Pike auf. Er ist Beisitzer im Vorstand des SPD-Ortsvereins Dänischenhagen, war dort Gemeindevertreter und ist bis heute stellv. Kreisvorsitzender.



Während seines Studiums war er bei den Jusos und vor allem der Juso-Hochschulgruppe an der Uni Kiel in Verantwortung. 2011 schloss er sein Studium der Politikwissenschaft, des Öffentlichen Rechts und der Neuesten Geschichte mit dem Magister in Kiel ab.

Darüber hinaus hat er im SPD-Wahlkampfteam beim Landtagswahlkampf 2012 bereits Wahlkampfereignisse sammeln können und ist aufgrund seiner anschließenden Tätigkeit als Referent in der SPD-Landtagfraktion ein versierter Kenner der Landespolitik.

Ich freue mich, dass wir mit Götz Borchert einen jungen und überaus qualifizierten Nachfolger für die Landesgeschäftsführung gefunden haben, der quer durch die Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften sowie in der Landtagsfraktion der SPD in Schleswig-Holstein Vertrauen und Reputation genießt.“